

Angst vor Strahlung bleibt

Bürger in Geschwand ziehen gegen Funkmast zu Felde

VON FRANZ GALSTER

GESCHWAND – Ein geplanter Funkmast der Telekom zwischen Geschwand und Bärnfels: Dazu regt sich erheblicher Widerstand in den betroffenen Ortschaften. Nach der gut besuchten Zusammenkunft auf Einladung der Initiative „Besorgte Bürger von Geschwand“ (*wir berichteten*) hatte jetzt auch die Gemeinde zu einer außerordentlichen Bürgerversammlung ins Sportheim Geschwand geladen.

Bürgermeister Markus Grüner begrüßte als Referentin Karin Erhardt, zuständig für Funknetzausbau der Deutschen Telekom, und Marcus de Ridder vom Landesamt für Umwelt (LFU). Am 9. April hatte die Telekom der Gemeinde ihre Absicht mitgeteilt, den Mast zu errichten, wie Grüner sagte. Am 14. Juni wurden 18 Bürger im Rathaus vorgestellt. Am 12. Juli lud die Initiative zu einer Aussprache mit Jörn Gutbier als Referenten, Vorstandsvorsitzender der Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation Diagnose-Funk aus Herrenberg bei Stuttgart.

Die rege Beteiligung am Infoabend zeigte den dringenden Bedarf. Grüner sagte, der Turm werde nicht gebaut, wenn er nicht gewollt sei. Karin Erhardt legte die Beweggründe der Telekom für den Funkturm an dieser Stelle dar. Seit Jahren gebe es Beschwerden wegen mangelnder Funkversorgung. Mit dem neuen Mast würden Bärnfels, Leimersberg und Kleingesee besser versorgt. Die schwierigen topographischen Gegebenheiten und Zersiedelungen führten zur Einschränkung in der Versorgung.

Ziel ist die Versorgung mit LTE800: „Warum mehr, wir sind schon versorgt“, warf ein Bürger ein. Bereits hier ließen die Reaktionen die überwiegende Ablehnung der Zuhörer erkennen. Erhardt verwies beim Thema Gefahren auf die Endgeräte, also Handys, die nahe am Körper sind. Ein schwacher Empfang erhöhe die Strahlung des Handys.

Umfangreich versuchte Marcus de Ridder das Thema Strahlung zu erläutern. Die Einhaltung der Grenzwerte ist durch das Standortbescheinigungsverfahren gesichert, meinte er. Er erklärte die unterschiedliche Wirkung zwischen nicht-ionisierender und ionisierender Strahlung. „Was ist, wenn man ein ganzes Leben bestrahlt

wird?“, fragte ein Zuhörer. Er sagte, dass die Forschung über elektromagnetische Felder von Lobbys betrieben werde. De Ridder gab zu, dass in der Tat zu wenig Geld des Staates zur Verfügung stehe. Die Strahlung, das Krebsrisiko ist offenbar die große Sorge: „Ich werde nie sagen, es ist schädlich oder nicht. Ich kann die Unschädlichkeit nicht beweisen, aber wahrscheinlich ist es so“, gab Ridder zu.

Dies brachte ihm den Vorwurf ein, die Forschung erfolge auf dem Rücken der Menschen. Auch er sieht das Restrisiko, wie schon die Vorrednerin, eher bei Endgeräten. Je geringer die Leistung vom Funkturm, desto mehr Leistung am Kopf, sagte er. Freilich kann man aber den Gebrauch persönlich beeinflussen.

„Handys kann man abschalten, den Funkturm nicht“, so die Reaktion im Publikum. „Man stirbt am Krebs und nicht am Funkturm“, meinte ein Zuhörer zur schwierigen Beweislage. Unproblematisch ist der Gebrauch des kabelgebundenen Telefons. Einmal mehr zeigte die Diskussion ein kompliziertes Feld, bei dem Ängste in der Bevölkerung bestehen. Die Initiative „Besorgte Bürger“ zeigte den Film „Mobilfunk, die verschwiegene Gefahr“, der anhand drastischer Beispiele auf die Krebsgefahr einging.

Steigerung um 300 Prozent?

Zur Sprache brachte ein Zuhörer die Nailastudie, wo angeblich eine Steigerung der Krebsrate um bis zu 300 Prozent in zehn Jahren festzustellen ist. Hingewiesen wurde auf die Gefahren der Handynutzung bei Kindern. Der Staatsregierung wirft man mit der „Unterdrückung der Informationen“ ein „kriminelles Verhalten“ vor. Jedes Handy sei auch gut für die Überwachung. Ein Zuhörer wollte das alles nicht stehen lassen und sagte: „Dann gebt doch gleich alle eure Handys ab, die Telekom macht kein Geschäft mehr und das Thema hat sich erledigt.“

„Eine intakte Dorfgemeinschaft ist mir wichtiger als eine flächendeckende Handyversorgung“, sagte Bürgermeister Markus Grüner. Eventuell gleichzeitig mit den Landtagswahlen haben die Bürger der Ortschaften mit einem Fragebogen das letzte Wort. Erst danach wird der Gemeinderat einen Beschluss fassen. Die Telekom sicherte bereits zu, keinen Funkmast gegen den Willen der Bürger zu errichten.